



Nr. 128. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 16. März 1876.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

27. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 15. März.
11 Uhr. Am Ministerische: Graf zu Eulenburg, Zoll, Achenbach, Geh.

Räthe Hoffmann, Knecht, Stauber, Boniz, v. Cranach u. a.

Auf der Tagesordnung steht in erster Linie folgende Interpellation

der Abg. Frischhöfer, Kalle, Petri und Gen.:

Nach hierher gelangten telegraphischen Mitteilungen der Bürgermeisterei zu Caub ist dieses Städtchen von einem schweren Unfall betroffen worden. In Folge eines Bergsturzes sind 9 Gebäude verschüttet und 25 Menschen um das Leben gekommen. — Die Unterzeichneten erlauben sich die Anfrage an die königliche Staatsregierung zu richten: Sind der königlichen Staatsregierung schon nähere Mitteilungen über dieses Ereignis zugeworfen? Drobten noch weitere Nachfragen? Waren Anordnungen getroffen, die Bewegung der Bergmassen zu überwachen und konnte die polizeiliche Räthe Bewegung der Bergmassen nicht rechtzeitig bewerkstelligt werden? Was geschieht die königliche Staatsregierung weiter zu tun?

Zur Begründung der Interpellation nimmt das Wort

Abg. Dr. Petri: Am Sonntag erhielt ich und meine Freunde aus Nassau die kurze telegraphische Mitteilung von dem Bürgermeister zu Caub, es seien in Folge des Bergsturzes 9 Gebäude eingestürzt und 25 Menschen hätten dabei ihr Leben verloren. Inzwischen sind nähere Nachrichten über

den schweren Unfall eingetroffen, der jenen Ort betroffen hat, dessen Bewohner in jener entwürdigten Neujahrsnacht 1814, als der alte Blücher die deutschen Waffen über den Rhein trug, so thätige Beiblätter geleistet haben. Ich enthalte mich, Ihnen die einzelnen Scenen dieses Dramas vorzuführen. All der Zammer und das Elend, welche derartige Katastrophen zu begleiten pflegen, sind in der mannigfaltigsten Gestalt auch dort nicht ausgeblieben und es gehört keine reiche Phantasie dazu, sich die Schrecken dieser Nacht zu vergegenwärtigen, als der Donner der zu Thal gehenden Schuttmassen die Bewohner dieser unglücklichen Stadt aus dem ersten Schlaf aufschreckte und sie, auf der einen Seite eingeeilt von dem wilden, über die Ufer getretenen Rheinstrom, auf der andern von den hangenden Bergen, nichts vor sich sahen unter der dunklen Frühlingsnacht, als Trümmer und Ruinen. Leider scheint mit diesem Bergsturz noch nicht alle Gefahr beseitigt.

Nach einer inzwischen eingetroffenen Nachricht ist ein weiterer Bergsturz erfolgt, und da die losgelösten Massen sich bloß von dem Fuße der Berge losgelöst haben, so bangen die Gipfel der Berge drohender als zuvor mit ihren Felsmassen über der unglücklichen Stadt. Die Gefahr muß eine sehr bedeutende sein, denn inzwischen ist die Räumung weiterer Gebäude verfügt worden. Man hat sich sogar genötigt gesehen, die Versuche, die Verschütteten zu retten, einzustellen, obgleich man Hörser aus den Trümmern gehört haben will. — Der Gegenstand unserer Interpellation hat schon einmal das Haus im vorigen Jahr beschäftigt. Damals beschloß das Haus ohne Discussion, eine Petition der Gemeindevertretung von Caub um Gewährung eines Zuflusses zur Befestigung der drohenden Gefahr der Staatsregierung zur geeigneten Brüderlichkeit zu überweisen. In Folge dieses Beschlusses wurde zwischen der Gemeindevertretung von Caub und der Staatsregierung ein Abkommen dahin getroffen, daß erstere unter Leitung und Aufsicht der Staatsbehörden die zur Befestigung der Gefahr erforderlichen Arbeiten übernahm gegen einen Zuschuß aus Staatsmitteln von 135,000 Mark. Der Betrag von 40,000 Mark ist in dem diesjährigen Budget eingestellt und bereits in zweiter Lesung bewilligt worden. — Das Städtchen Caub besitzt keine große Leistungsfähigkeit; belastet mit ungefähr 200,000 Mark Schulden, werden dagegen 100 pcf. Staatssteuer als Communalsteuer entrichtet. Die ersten Anzeichen der jetzt verwirklichten Gefahr zeigten sich schon im Jahre 1873. Damals wurden Seitens der Staatsregierung Sicherheitsmaßregeln veranlaßt und zwar auf Kosten der Staatsregierung. Der damals aufgewendete Betrag beträgt rund 1200 Thlr. Die Arbeiten hatten leider nicht den gewünschten Erfolg. Die Gefahr wurde dringender und ein Gutachten darüber sprach aus, daß das Fortschreiten des Bergsturzes aufmerksam zu beobachten und sobald einzelne Felspartien so weit vorgedrungen seien, daß sie oder die darunter liegenden Mauern und Grundmauern einzustürzen drohten, dieselben vorsichtig abzutragen und zu planieren, und diese Arbeiten alle Jahre fortzuführen.

Dieser Vorschlag wurde indessen nicht zur Ausführung gebracht; man verlangte nämlich von der armen Stadt Caub, die Kosten zur Ausführung dieser Arbeiten aufzubringen. Über diese Verhandlungen wurde nun die Gefahr immer dringender, so daß auf Anregung der Stadt Caub die Regierung sich veranlaßt sah, im vorigen Frühjahr eine gemischte Commission aus Mitgliedern der Regierung zu Wiesbaden, der königl. Eisenbahndirection, des Ober-Bergamts zu Bonn und der Stromdirection zu Koblenz niederzusetzen. Von dieser gemischten Commission wurden Vorschläge gemacht, theils zur Befestigung der unmittelbaren Gefahr, theils zur nachhaltigen Befestigung der Gefahr überhaupt. Es scheint mir nicht erforderlich, auf das Detail dieser Vorschläge einzugehen. Nach Maßgabe derselben wurden auch im vorigen Jahre die veranschlagten Arbeiten in Angriff genommen. Leider aber hat sich ihre Ausführung ungewöhnlich verzögert, wou wo eine Menge von ungünstigen Verhältnissen mitwirkten; theils fehlte es an Arbeitskräften, theils war die Witterung des vorigen Jahres hinderlich. Kurz die Arbeiten gelangten nur in geringem Maße zur Ausführung, bis dann die jetzige Katastrophe eintrat. Ich kann mich des Eindrucks nicht erinnern, daß der Verlauf dieser Angelegenheit einen stärkeren aber breiteren Vorwurf in sich schließt, den Vorwurf des verhängnisvollen „zu spät!“ Zuerst ergriff man halbe Maßregeln, dann verhandelte man lange Zeit über die Frage, wer die Kosten der Arbeiten aufzubringen habe. Es ist ein unbestreitbarer staatsrechtlicher Grundsatz, daß die staatliche Polizeigewalt zur Befestigung von Gefahren einzutreten hat, ohne ihr Handeln vor der Frage abhängig zu machen, wie die Kosten aufzubringen habe; und ebenso ist es ein unbestreitbarer staatsrechtlicher Grundsatz, daß, wenn der zunächst Verpflichtete nicht leistungsfähig ist, die Gesamtheit einzutreten hat. Deshalb gründen ja die Menschen Staaten, um die Leistungsfähigkeit des Einzelnen zu verstärken, denn das Wohl des Ganzen wird immer bedingt durch das Wohl des Einzelnen.

Ich bin indessen weit entfernt, einem bestimmten Beamten oder einer bestimmten Behörde einen Vorwurf zu machen. Ich muß namentlich dem Minister des Innern das Bemühen geben, daß er, als ich ihn am Schlusse der vorigen Session vridatum erlebte, sich der Angelegenheit anzunehmen, er den ernstesten Willen dazu befandet. Ich meine nur, es ist in dieser Angelegenheit gerade so gegangen, wie es regelmäßig zu geben pflegt: man wird den Stall schleien, nachdem das Pferd gestohlen ist, man wird den Brunnen zudecken, nachdem das Kind hineingefallen und ertrunken ist. Es beunruhigt mich noch ein anderer Gedanke. Es drängt sich mir die Frage auf: ist nicht von den mit der Leitung und Aufsicht der auszuführenden Arbeiten betrauten Behörden, insbesondere von der localen Polizeibehörde versäumt worden, namentlich im Hinblick auf die außerordentlichen Witterungsverhältnisse der jüngsten Zeit, um rechtzeitig die Räumung der bedrohten Gebäude zu bewerkstelligen und dadurch den Verlust von Menschenleben zu verhindern. Ich bin überzeugt, daß die Opferwilligkeit der Bewohner unserer Heimat, welche sich so oft bewährt hat, sich auch im gegenwärtigen Fall glänzend bewähren wird. Aber darüber gebt ich mich keiner Täuschung hin, daß auf diesem Wege volle Hilfe nicht geschaffen werden kann, namentlich auch nach der Richtung hin, daß die zur Befestigung der noch drohenden Gefahren erforderlichen Maßregeln ergriffen werden; denn gerade in diesem Punkte wird rasches und energisches Handeln nötig sein. Nur der Staat mit der in seiner Hand concentrirten Macht kann dies richtig und rechtzeitig ausführen. Ich und meine Freunde aus Nassau begün zu der Regierung das volle Vertrauen, daß sie nach beiden Richtungen ihre Schuldigkeit ihm wird, und wir rechnen auch auf die Mitwirkung dieses Hauses, insfern in dieser traurigen Angelegenheit eine solche erforderlich sein sollte.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Es ist wohl natürlich, daß unmittelbar, nachdem ein solches Unglück passiert ist, die zunächst beteiligten Behörden nicht Zeit gewinnen, detaillirt darüber zu berichten, sondern, daß sie ihre ganze Thätigkeit dem Schauplatz des Unglücks zuwenden. Aus diesem Grunde sind wir auch hier noch nicht so eingehend über den Verlauf certioriert, daß ich genau die jüngsten Vorgänge vor dem Bergsturze präzisieren

sollte, ob dabei vielleicht irgend eine Unvorsichtigkeit vorgekommen ist oder nicht. Aber ich habe doch nicht geglaubt, deshalb die Beanwortung der Interpellation ausschieben zu dürfen, weil den Herren Interpellanten und dem Hause doch wohl von Interesse sein wird, darüber zu wissen, was bereits aus den Acten constatirt ist. Die Sache im Allgemeinen ist dem Hause ja bekannt aus der Budgetberatung im vorigen Jahr. Die Frage selbst spielt jetzt schon ungefähr ein Jahr oder anderthalb Jahre (Zuruf: Drei Jahre), ich meine, soweit sie dem Hause zur Kenntnis gelommen, und ich finde in meinen Acten einen Erlass an die Regierung vom Juli 1875, in dem die Sache besprochen wird und ich schon damals gesagt habe, es werde doch nötig sein, zu erwägen, ob die Sperrung der bedrohten Häuser und Wege zur Befestigung der in Nähe stehenden Gefahr und zwar schon jetzt vorverlassen sein wird, und zwar im Jahre 1875, weil es mir immer hauptsächlich gefährlich erschien, über denselben solche Gefahr schwelen zu lassen, obgleich die Ansicht darüber, ob wirklich Gefahr vorhanden wäre oder nicht, damals im Publikum und unter Sachverständigen ziemlich zweifig war. Nun hat damals der Gemeinderath von Caub sehr wenig Luft gegeben, die Leute binauszutreiben, sondern hat geglaubt, er thätte besser, sobald wie möglich die Arbeiten anzufangen, dann würde es wohl nicht nötig sein, die Leute ihres Obdachs zu beraubten. Auf Anordnung des Regierungspräsidenten sind aber doch damals drei Häuser geräumt worden, die übrigen sind, wie leider jetzt aus diesen Vorfällen hervorgeht, bemüht geblieben.

Die Regierung ist damals auf dem Standpunkt gewesen, der auch wohl berechtigt ist, daß der Staat allerdings einzutreten hat mit seinen Mitteln, wo die Abwendung einer Gefahr durch denselben Verpflichtet, dem diese Abwendung eigentlich obliegt, mit eigenen Kräften nicht herbeigeführt werden kann, allein sie hat sich doch auf den Standpunkt nicht stellen dürfen, von vornherein bei den ersten Befürchtungen, die eintreten, zu sagen: hier ist der Punkt, wo nun ohne Weiteres der Staat mit seinen Mitteln, seiner Kraft und seiner Intelligenz, einzutreten hat. Man hat damals gesagt, die Gemeinde Caub, zu deren Territorium der Berg gehört, ist die zunächst verpflichtete, sie hat alles zur Abwendung der Gefahr zu thun; reichen ihre Kräfte nicht aus, so wird der Staat zutreten. Mit dieser Auffassung hat sich auch die Gemeinde selbst einverstanden erklärt, um so mehr, als der Staat mit seiner Hilfe sehr lange gewesen ist. Arbeiten waren veranschlagt auf ungefähr 150,000 M.; der Staat sagte, er wolle mit 135,000 M. zu Hilfe kommen, vorausgesetzt, daß die Stadt 15,000 oder dasjenige, was über 150,000 M. überhaupt erforderlich sei, aus ihren Mitteln hergebe und die Arbeiten auf ihre Kosten und auf ihre Gefahr übernehme. Auf diese Bedingung ist die Stadt eingegangen. Die Arbeiten bestanden hauptsächlich in der Abtragung der im Absturz befindlichen Schuttmassen und anstehenden Felsen, in der Anlage von Fangdämmen für die seitstehenden Theile und in der gründlichen Lösung der Massen durch Sprengbetrieb und Ueberbrechen bis zur Kreuzlinie der sich gegenwärtig auffallenden Klüste. Auf diese Bedingung ging die Stadt ein und hat die Arbeiten ausführen lassen unter der Leitung eines technischen Privatgrubenbeamten. Der Baumeister in Wiesbaden hat von dem Fortgang der Arbeiten Kenntnis gehabt, und man kann insofern sagen, daß die ganze Arbeit gewissermaßen unter der Aufsicht der Regierung stand. Nun haben wir seit der Zeit, daß wir in Erfahrung brachten, die Arbeiten seien energisch angegriffen worden, zugesogen, ob sie auf die richtige Weise in Angriff genommen sind.

Früher haben wir in der Sache nichts weiter gehört. Noch im Anfang der Session sagte mir einer der Abgeordneten aus Nassau, daß die Stadt Caub sehr dankbar sei über die Haltung, welche die Regierung der Frage gegenüber beobachtet habe, und auf meine Frage, ob denn die Arbeiten selbst nun zur Befriedigung der Gemeinde vor sich gingen, ob die Abwendung der Gefahr sicher zu erwarten sei, wurde gesagt: ja, man hat das beste Vertrauen dazu, daß in nicht gar so langer Zeit die Gefahr ganz und gar beseitigt werde. Da kam ganz unerwartet die Nachricht, daß doch ein Einsturz erfolgt sei; am 11. c. kam eine Depesche von dem Regierungspräsidenten, worin es hieß, daß der Bergsturz stattgefunden habe, acht Häuser eingestürzt, fünf Leichen ausgegraben, drei Personen lebend gerettet, 21 Personen noch verschüttet seien. Sofort sind Pioniere von Koblenz requirierte und die Ausgrabungsarbeiten mit möglichster Schnelligkeit und Geschicklichkeit begonnen worden; es scheint aber daß Resultat der Ausgrabungen bisher nicht groß gewesen zu sein, denn man hat nur noch eine Leiche ausgegraben, von den übrigen Verschütteten ist mir bisher nichts bekannt geworden. Was meinerseits geschehen konnte, besteht namentlich darin, daß ich zunächst darum wußte, daß die Pioniere so lange bei der dortigen Arbeit bleiben, als irgend nötig ist. Aus militärischen Rücksichten hat man das Zurückziehen der Pioniere für gerathen gehalten, um die weiteren Arbeiten den Privatarbeitern zu überlassen; auf meinen Wunsch aber hat sich der Kriegsminister damit einverstanden erklärt, daß die Pioniere dort bleiben. Ich habe dann, um für diese Interpellation vorbereitet zu sein, und da mir die Andeutung wurde, daß man mit den Ausgrabungsarbeiten überhaupt Einhalt gehabt haben, mich speziell erkundigt, wie es damit stehe, und habe darüber gestern die Depesche bekommen, daß die Nachgrabung in Caub so energisch als möglich fortgesetzt würde, daß die Arbeit aber nur langsam vor sich gehe und sehr gesetzlich sei.

Das Telegramm schließt: „Gestern ein Mann tot ausgegraben. Schwerzweifelhaft, ob alle Leichen ausgegraben werden können. Die Arbeiten am oberen Flüchtfiegel durch Pioniere nach Kräften in Angriff genommen.“ So steht die Sache. Ob ein Verschreiben in der Richtung begangen ist, daß man die Häuser nicht zeitig genug geräumt hat, kann ich augenblicklich nicht sagen. Über diesen Punkt behalte ich mir vor, in kürzester Zeit Mitteilung zu machen, bis jetzt aber glaube ich, daß sowohl der Staat, als, so viel ich weiß, auch die Gemeinde es nicht an demjenigen habe schelen lassen, was ihnen als Pflicht oblag. Dass auch fernerhin in diesem Sinne gewirkt werde, vielleicht auch der Staat sich noch thätiger dabei beihilfigen wird, als bisher, das wird, glaube ich, mein Herr College, der Handelsminister, noch mit einigen Worten auseinandersezten.

Handelsminister Dr. Achenbach: Die Bergbehörde ist bei der vorliegenden Angelegenheit seit dem letzten Jahre nicht mehr offiziell beihilflich; die Stadt Caub hat selbst die Arbeiten übernommen, welche notwendig waren, um den Bergsturz zu vermeiden, es sind daher Maßregeln der Bergbehörde, namentlich des Oberbergamts zu Bonn, seit jener Zeit nicht mehr getroffen. Gleichwohl ist, nachdem der Unglücksfall eingetreten, sofort Seitens des Bergbaupräsidenten in Bonn ein Rat an Ort und Stelle gesendet worden, um bei den betreffenden Arbeiten wenigstens als Schverständiger behilflich zu sein. Was in dieser Beziehung Seitens dieses Rathgebers veranlaßt ist, möchte ich dem hohen Hause zur Ergänzung dessen, was der Herr Minister des Innern erklärt hat, mittheilen. Dabei bemerke ich, um auf einen wichtigen Punkt der Interpellation zurückzukommen, daß der gegenwärtige Bergsturz im Verhältniß zu demjenigen, welcher möglicherweise noch nachfolgen kann, als ein geringer bezeichnet werden muß. (Hört! hört!) Es wird daher in dem mir erstatteten Bericht als außerordentlich dringend bezeichnet, mit der Abtragung des Bergfeldes mit aller Energie vorzugehen. Nachdem angeführt ist, daß möglicherweise noch ein weiterer Bergsturz folgen könnte, heißt es: „Es ist daher dringend notwendig, daß die in der Bewegung befindlichen Gesteinsmassen in kürzester Zeit entfernt werden.“

Zu diesem Behufe soll für die Abhilfe der aus dem obersten Theile zu gewinnenden Schuttmassen nach dem zunächst gelegenen Thale eine Schienebahnen unterhalb angelegt werden, für welche, da es in der Nähe an disponiblen Objecten fehlt, die erforderlichen Schienen und Förderwagen bei der Bergwerks-Direktion zu Saarbrücken sofort durch mich erbetet und von der selben bereitwillig zugesagt worden sind. Die Ablaufmassen aus den unterhalb gelegenen Theilen des Ruischgebietes wird am zweckmäßigsten abwärts geföhrt und dort am Rheinufer abgelagert, sobald der untere Theil gestürzt ist und dort am Rheinufer abgelagert werden, sobald der untere Theil

nehmen soll. Zur Ergänzung der erforderlichen Arbeiterzahl hat die Schieferbaugesellschaft Meyer u. Co. zu Caub für die nächsten Tage 50 Bergleute zur Disposition gestellt und werden auch von zwölf weiteren Arbeitern herbeigeschafft; es ist jedoch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß zur energetischen Fortsetzung umfassender Abräum-Arbeiten Bergleute von den Steinholzgruben bei Saarbrücken erbeten werden. Ich bemerke hierbei, daß dieser Bericht eben in meine Hände gelommen ist, obgleich derselbe vom 13. d. datirt. Zugleich habe ich gestern an das Ober-Bergamt in Bonn telegraphiert, um mir noch nähere Auskunft über den gegenwärtigen Stand der Sache zu erbitten, indem bis zur Stunde habe ich eine Antwort nicht erhalten; wahrscheinlich hängt das mit der Unterbrechung der telegraphischen Verbindungen zusammen. Es geht indes aus einem Briefe des Bergwerksdirectors in Saarbrücken so viel hervor, daß am 12. d. M. dasselbe eine Requisition auf Lieferung von Schienen und Förderwagen eingetroffen war, und daß dort sofort Anweisungen gegeben worden sind, um der Requisition zu entsprechen. Auch beweist ein Telegramm, welches ebenso vom 13. datirt und erst heute in meine Hände gelangt ist, daß man bei den betreffenden Arbeiten mit aller Energie vorgeht. Ich glaube daher nach Lage der hier vorliegenden Actenfälle die Ansicht aussprechen zu dürfen, daß zur Vermeidung künftiger Unfälle energische Maßregeln ergreift sind und auch in Zukunft werden fortgesetzt werden. Es ist selbstverständlich, daß, wenn Bergleute von den königlichen Gruben in Saarbrücken nötig werden sollten, wir nicht den geringsten Anstand nehmen werden, sie in beliebiger Zahl dorthin zu senden.

Die Interpellation ist hiermit erledigt.

Das Haus setzt die Beratung des Cultusstaats fort.

Der Tit. 5 des Cap. 125 („Präparanden-Anstalten“) gibt dem Abg. v. Gerlach Anlaß zu einer längeren allgemeinen Ausführung über die Stellung des Staates zur Kirche und den gegenwärtigen „Cultuskampf“. Redner, der vom Präsidenten wiederholt auf die Sache verwiesen wird, bemerkt in A.: Eine tiefe Rettung aller Verhältnisse herrscht gegenwärtig in unserem Vaterlande. Der Staat ist im Kriege gegen Atom und den Papst. Der Papst und die Bischöfe sind aber in allen Sachen, welche die Kirche berühren, die legitime Obrigkeit der Katholiken in Preußen, mindestens eben so legitim wie Se. Majestät der König; somit befindet sich die kleinere Hälfte aller preußischen Staatsunterthanen, die Katholiken, im Kampfe gegen die größere Hälfte, die Protestanten, das ist geradezu der Zustand eines Bürgerkrieges. Tritt einmal, was doch nicht außer dem Bereich der Wahrscheinlichkeit liegt, eine innere oder äußere Krisis ein und macht sich ein innerer oder äußerer Feind diesen Zustand zu Nutzen, was soll dann aus unserem Vaterlande werden? Diese Politik schädigt aber weit mehr die evangelische als die katholische Kirche. Die Kreuze der Katholiken gegen die Kirche wird allerdings schwer geprüft, aber eben dadurch bestigt und geprägt, während die evangelische Kirche immer mehr auseinanderfällt. Mir selbst ist diese Befestigung und Prägung der katholischen Kirche sehr lieb und angenehm. (Hört! hört.) Aber ich hoffe tiefe die Rettisschen, die in Folge dieses Kampfes in unserem Vaterlande herrscht, und die noch vor 6 bis 8 Jahren kein Patriot für möglich gehalten hätte. Die Antworten des Schulknaben vom Rhein, die uns der Cultusminister gestern verlas, und über die ich mich sehr gefreut habe, zeigen so recht, wie tief in alle Schichten des Abwesenden eingedrungen ist.

Abg. Kiesel: Die Maßnahmen der Staatsregierung auf dem Gebiete des Unterrichtswesens finden den vollsten Beifall der gesamten Lehrerschaft. Die Lehrer sind der Regierung außerordentlich dankbar, daß sie von dem System der Abrichtungsmaßnahmen, wozu die frühere Regierung die Lehrer machen wollte, endlich befreit worden sind. Die Herren vom Centrum legen immer über Entchristianisierung der Schule, während es sich einzig und allein darum handelt, die Schule von der kirchlichen Bedormung zu befreien, welche sie bisher gefesselt hielt und ihre Weiterentwicklung hinderte. Ich habe insbesondere die Errichtung von Präparandenschulen als eine heilsame Maßregel zur Befestigung des Lehrermangels mit Freuden begrüßt. Leider aber reichen die Mittel, um die Präparanden zu Lehrern heranzubilden, noch vielfach nicht aus. So mußten in Herborn wegen Mangel an Räumlichkeiten in dem letzten Jahre 50 Meldungen zurückgewiesen werden, was bei dem drückenden Lehrermangel gewiß hoch bedauern ist. Sodann vermisste ich in dem diesjährigen Schulhaben vom Rhein, die uns der Cultusminister gestern verlas, und über die ich mich sehr gefreut habe, zeigen so recht, wie tief in alle Schichten des Abwesenden eingedrungen ist.

Regierungscommissioner Geh. Rath Schneider: Die Regierung hat bereits Vorsorge getroffen, um für diejenigen Präparandenjünglinge, die in Herborn nicht untergebracht werden können, andere Räumlichkeiten zu beschaffen. Die Gleichstellung des Gehaltes des Seminar- und Präparandenlehrers ist von der Regierung reislich erwogen und als berechtigt anerkannt worden; doch war es für dieses Jahr noch nicht möglich, dieselbe im Etat zur Ausführung zu bringen. Der Titel wird genehmigt.

Zu Tit. 12 Elementarschulen“ bemerkt

Abg. v. d. Goltz: Über die Art und Weise, wie die Gehälter der Lehrer Seitens der Regierung in den Landgemeinden berechnet und festgestellt werden, berichtet in den betreffenden Kre

betreffenden Lehrer haben sich an die Regierung zu Potsdam gewandt, seien von derselben aber ohne Angabe eines Grundes abfällig beschieden worden.

Regierungs-Commissar Geb. Rath v. Granach: Die betreffenden Beschwerden der beiden Lehrern liegen zur Zeit der Staatsregierung vor und ich kann bezüglich derselben, obwohl sie zur Kenntnis des Ministers noch nicht gelangt sind, eine Remedur im Sinne der Petenten in Aussicht stellen.

Abg. Wehrenfennig: Ich muß entschuldigen Verwahrung dagegen einlegen, als ob jemals die Majorität dieses Hauses der Ansicht zugestimmt habe, die heute hier und nicht bloss auf der rechten Seite ihren Ausdruck fänden, daß die Lehrer Gehälter zu hoch bemessen seien, daß die Regierung zu feierhaft in der Aufbesserung sei und die Gemeinden zu viel dafür hätten. Das Minimalgehalt der Elementarlehrer ist 250 Thlr. Im ganzen deutschen Reich gibt es keinen Staat, der so geringfügige Minimalgehalte der Schullehrer hat. In Bayern z. B. sind die Aufbesserungen der Elementarlehrer Gehälter sehr viel bedeutender gewesen wie bei uns. In den Seminarien sind gegenwärtig nicht weniger als 1000 Aspirantenstellen unbesetzt; diese 1000 leeren Stellen nebst den leider mehrere Tausende betragenden unbefestigten Lehrerstellen im preußischen Staate beweisen wohl deutlich genug, daß wir in Preußen mit den Gehältern der Volkschulhälter nicht zu üppig gewesen sind. Gegenüber der 1 Million Thaler, die der Staat in den letzten Jahren zur Aufbesserung für diesen Zweck hergab, haben sämmtliche Gemeinden im preußischen Staat nur 335,000 Thlr. beigetragen. Von einer so großen Belastung der Gemeinden kann hier nach wohl nicht die Rede sein und scheint auch die Beschwerde des Abg. v. d. Goltz nur darauf hinauslaufen, daß die Gutsherren und Großgrundbesitzer diese Ausgabe für die Volkschulen in ihren Gemeinden gern von sich abwälzen möchten. Es rüft mit dieser Thatache lebhaft die Worte ins Gedächtnis zurück, die der Abg. Lasker bei der Beratung des Competenzgesetzes vorführte, wie sehr vorsichtig wir sein müssen in Bezug auf das Unterrichtswesen, diese idealste Aufgabe des Staates zu viel in die Hand des engherigen Egoismus des Einzelnen oder kleinerer und selbst größerer Gemeinschaften zu geben.

Abg. Miquel erkennt wohl die Klagen der Lehrer, wie auch der Gemeinden als berechtigt an; es sei dieser Zustand eben eine Folge des Übergangsstudiums und augenscheinlich nicht zu ändern.

Regierungs-Commissar Geb. Rath v. Granach: Als im Jahre 1873 das erste Mal eine Summe von 700,000 Thalern ausgeworfen wurde für Dienstalterszulagen, war durchaus nicht davon die Rede, daß jeder der 54,000 Elementarlehrer eine solche erhalten sollte, sondern daß dieselben nur gewährt werden sollten, wenn ein Notstand vorhanden wäre. Nach dem Circular vom Juni 1873 sollen die Alterszulagen wegfallen, wo bei einem Lehrer das Doppelte des Mininalgehalts erreicht worden, sowie bei höheren Schulen, wo die Gemeinden durch Einrichtung einer aufsteigenden Gehaltskala hinreichend für die Lehrer gesorgt haben. Die Regierung hat mit dieser Maßregel Recht gehabt, wenn sie nicht erwarten wollte, daß andernfalls eine völlige Plattenierung des ausgeworfenen Fonds eintrete.

Abg. v. d. Goltz erklärt, daß er gegen eine Erhöhung der Gehälter an sich nicht sei, sondern nur gegen die Art und Weise, in der man vorgehe, so daß junge Seminarlehrer in kleineren Städten wirklich luxuriös leben.

Abg. Frenzel spricht sich gegen eine immerwährende Erhöhung der Gehälter aus. In seiner Heimat Preußen vergleiche man das Vorgehen des Cultusministers in dieser Frage mit dem eines Hundebesitzers, der seinen Hund stuzen wollte und, um ihm nicht wehe zu thun, ihm täglich ein Stück vom Schwanz abknitt. (Heiterkeit.) Wenn man mit einer Erhöhung vorgehen wolle, so möge man das Mininalgehalt erhöhen. Selbst die Lehrer hätten sich geträumt, das letzte Mal die Erhöhung anzunehmen, um nicht mit den Eltern, die diese Gehaltserhöhung bezahlen müssen, in Conflict zu gerathen.

Abg. Bender (Königsberg) erklärt, daß er nicht sowohl die Erhöhung der Gehälter bekämpfe, als vielmehr die Willkür, mit der hierbei vorgegangen werde.

Abg. Miquel constatirt, daß die Alterszulagen vom Hause bewilligt seien ohne jede Rücksicht auf die Höhe des Gehalts. Es solle diese Einrichtung kein Notbehelf sein, sondern ein Provisorium für eine wirkliche organische Einrichtung. Auch das Bestreben der einzelnen Lehrer und der Lehrerbvereine richte sich mehr auf die Ausbildung des Systems der Alterszulagen, als auf die Erhöhung des Gehalts.

Titel 12 wird bewilligt.

Bei Titel 14: „Ruhgehaltszuschüsse für emeritirte Elementarlehrer 300,000 Mark“ spricht Abg. Hollenberg seine Befriedigung über die Einstellung dieser Summe in den Staat aus, da die Notlage wirklich eine große sei. Wenn aber der augenscheinlich bestehende Lehrermangel nicht chronisch werden und das Capital der Volksbildung geschädigt werden sollte, müsse noch eine weitere Erhöhung der Alterszulage eintreten und vor Ablauf eines guten Pausionsgesetzes erlassen werden.

Titel 14 wird genehmigt.

Titel 15 wird an „Schulaufsichtskosten und zur Besoldung für Kreisschulinspectoren 697,500 Mark“ aus.

Abg. Dauzenberg berichtet sich über die Befestigung der alten geistlichen Schulinspectoren, gegen welche die Regierung oft mit der größten Willkür vorgegangen sei. Die Erziehung sei natürlich nach der ganzen Tendenz der Regierung durch solche Männer erfolgt, die sich durch ihre Sympathie für das bestehende System auszeichnen. Man habe mehr auf Gefügnung, als auf pädagogisches Wissen gesehen, und so sei das Auftreten dieser Herren verärger, daß verständige Leute den Kopf darüber schütteln müssten. Der Hauptvorwurf sei aber der, daß diese Inspectoren auch auf die Lehrer eine Precision ausübten, und deshalb sei der größte Theil der Lehrer über die neue Einrichtung in hohem Grade entrüstet. Auf die strenge Innehaltung des Schulunterrichts würde gar nicht gesehen, sondern wegen patriotischer Ziele werde der Unterricht oft Tage lang ausgesetzt. Als der Cultusminister seine berühmte Rheinreise unternommen, habe ein Inspector den Unterricht ausfallen lassen, damit die Lehrer zu einer Conferenz zusammenkommen könnten, um eine Adress an den Minister zu unterschreiben. Es wäre nicht, ob dies auch für ein patriotisches Fest gehalten werde. (Heiterkeit.) Eine Kenntnis der ihnen unterstehenden Lehrer und der Einrichtung der Schule könnten die Inspectoren überhaupt nicht erlangen, da sie jährlich nur eine bis zwei Reisen unternähmen, und er müsse deshalb in den Wunsch des Abg. Windhorst einstimmen, daß die Schule in capite et membris reformirt werden möge.

Cultusminister Dr. Falk: Sie werden es ersichtlich finden, daß ich ebenso wie in früheren Fällen auf die Anspielungen bezüglich meiner Rheinreise nichts erwidere. Daß dieselbe hier von den Herren im Centrum so oft erwähnt wird, beweist wohl, daß sie ihnen recht unangenehm war. Die Schulinspectoren sind bekanntlich ein Lieblingsthema der Herren. Diese Beamtenkategorie steht so zu sagen auf einem Spülkoch, und allen Augen bewußt sind, nur um einen Mangel an ihnen zu entdecken, der dann sofort durch alle Blätter des Centrums verbreitet wird, nur damit er recht groß erscheine, und das ganze Material wird dann in nuce noch einmal vor dieses Haus gebracht. Herr Dauzenberg hat in den gestern von Herrn Windhorst geäußerten Wunsch eingestimmt, die Kreisschulinspectoren recht bald aus dem Tempel gewiesen zu sehen. Die Regierung nimmt natürlich einen anderen Standpunkt ein; bereits mit der Provinozialordnung ist dem Hause ein Plan vorgelegt worden, wonach in der künftigen Organisation der Unterrichtsbehörden der Kreisschulinspector als ein wesentliches Mitglied in dem ganzen Umfange der Monarchie in Aussicht genommen ist. In den sämmtlichen Berichten der Regierungsbüroen — und diese sind für mich maßgebender, als ein ganzes Heer von Parteimännern — ist nicht eine einzige Stimme laut geworden, welche sich nicht lobend über die neue Einrichtung ausgesprochen hätte. Dasselbe gilt von den Immediat-Berichten der Regierungspräsidenten an Se. Majestät den König. Dass bisher nur in vereinzelten Fällen evangelische Geistliche durch weltliche Schulinspectoren ersetzt worden sind, ist richtig; darin liegt aber keine Verletzung der Parität; der Grund davon ist vielmehr sonnenklar: man mußte eben zunächst eingreifen, wo die Not am dringendsten und die schädlichen Einflüsse am größten waren. Es galt zuwidderst, den Einfluß der katholischen Geistlichen auf die Schule zu brechen, und deshalb mußten diese zuerst entfernt werden.

Die Regierungen in confessionell gemischten Bezirken, besonders diejenigen zu Coblenz, Köln und Düsseldorf, haben sich alsdann aber dahin ausgesprochen, daß es durchaus erforderlich erscheine, auch die evangelischen Schulen des Bezirks weltlichen Inspectoren zu unterstellen, weil sie sonst hinter den katholischen Schulen zurückbleiben müßten. (Hört! links.) So ist das heutige Verhältnis entstanden, wonach bald ein katholischer Kreisschulinspector die sämmtlichen katholischen und evangelischen Schulen seines Bezirkes inspiziert, bald ein evangelischer Inspector in einem anderen Bezirk das Gleiche thut. Dabei sind die Grenzen der Kreisschulinspektion so geogen, daß ein missbräuchlicher Einfluß auf den Religionsunterricht kaum zu befürchten ist. Außerdem wäre immer noch die vorgeordnete controlirende Behörde zur geeigneten Remedur da. Ich schließe, in dem ich an einer gestern gehörte Beamerlung antrifffe. Es wurde ausgesprochen, daß die Lehrer froh sein würden, die weltliche Schulinspektion los zu werden. Wenn bei den gesteigerten Anforderungen an den Lehrer denselben die verschärfte Kontrolle nicht immer angenehm berührte, so finde ich das sehr ersichtlich. Der Spruch „Unter'm Krummstab ist gut wohnen“, galt auch in gewissem Sinne von der geistlichen

Schulinspektion. Die Geistlichen kümmerten sich oft blutwenig um die Schule; sie ließen den Lehrer machen was er wollte, wenn er ihnen sonst zu Gefallen that, was sie wollten. (Beifall links.) Das das heute nicht mehr so geht, mag bei manchem Lehrer und Geistlichen Missbehagen hervorgerufen haben. (Beifall links.)

Abg. Seyffardt constatirt, daß in den westlichen Provinzen die Kreisschulinspectoren die bestehenden Männer seien; die clericalen Parteien hätten darin Recht, weil durch diese Beamten, der kirchlichen Herrschaft über die Schule wirksam Abbruch geschehe, als durch irgend eine andere Maßregel. Die liberalen Parteien begrüßten deshalb in diesem Institut einen bedeutenden Fortschritt der nationalen Entwicklung. Die Volkschule sei wesentlich gehoben, seitdem nicht mehr Männer Inspectoren sind, welche sich um Kirche und alles andere viel mehr kümmerten, als um die Schule. Die Pflege der Schule in den früheren Decennien unter geistlicher Inspection war einseitig und engherzig; namenlich wirkte man in jeder Weise dem Schulzwang entgegen. Die Aufhebung des Schulzwanges habe überhaupt immer auf der Fahne des Centrums gestanden. Dies sei gestern vom Abg. Windhorst selbst in aller Stärke ausgesprochen worden. Die von solchen Anschauungen beseelten geistlichen Kreisschulinspectoren bestrafen die Eltern nicht, welche ihre Kinder nicht regelmäßig zur Schule schicken; darüber hinausweis die Kinder, zogen sie zu Kirchdiensten während der Schulzeit heran, so daß das Ziel der Volkschule ferngestellt wurde. Dem gegenwärtigen Cultusminister verdenke man es, daß er die Schulen von diesem Alp der geistlichen Schulauflust befreit und das Volkschulwesen seiner hohen Bedeutung gemäß gefördert habe. Jetzt lerne die Schuljugend wenigstens, daß sie zu dem preußischen Staat gehöre und daß unser Fürstentum die Hohenzollern sind, was bisher viel Lauernde unter den Schülern nicht wußten, weil in der Schule von einem patriotischen Geschichtsunterricht nicht die Rede war. (Hört!) Über die Wirksamkeit der in geistlichen Institutionen ausgebildeten Lehrerianen, insbesondere der Schulschwestern, sei er in der Lage, aus persönlicher Erfahrung manche interessante Anecdote zu erzählen. (Lärm im Centrum), indessen scheine ihm hier nicht der geeignete Ort zu solchen Mittheilungen. Wer sich dafür interessire, könne privat anfragen.

Damit wird die Debatte geschlossen und der Titel 15 genehmigt.

Zu Tit. 15a (Wohnungsgeldzuschüsse für Kreisschulen-Inspectoren 72,000 M.) bemerkt Abg. Windhorst (Meppen), die Rheinreise des Cultusministers sei ihm teilsweise unangenehm gewesen, er wünsche vielmehr die Wiederholung derselben in diesem Jahre, bitte aber den Cultusminister, ihm zu gestatten, in seiner Begleitung zu reisen. (Heiterkeit.) Der Redner will hierauf auf die soeben geschlossene Debatte ausführlich zurückkommen, wird jedoch vom Präsidenten unterbrochen und zur Sache verwiesen, weshalb er sich seine Replik auf die Ausführungen des Vorredners bis zu einer anderen Gelegenheit vorbehält.

Hiermit veragt das Haus um 4½ Uhr die Fortsetzung der Debatte bis Abends 7½ Uhr.

Berlin, 15. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Banquier und kaiserlich königlich österreichisch-ungarischen General-Consul Edward Freiherrn von Oppenheim zu Köln den Rothen Adler Orden dritter Classe; dem Fabrikbesitzer und Vice-Präsidenten des Gewerbege richts zu Crefeld, Conrad v. Beckerath, den Rothen Adler-Orden vierter Classe und dem Neder-Gollams-Assistenten Möller zu Burg auf Fehmarn im Kreise Oldenburg den königlichen Kronen Orden vierter Classe verliehen.

Berlin, 15. März. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfingen im Laufe des heutigen Vormittags den Flügel-Adjutanten Prinzen Heinrich XIII. Reuß, Commandeur Allerhöchstes Königs-Huaren-Regiments, sowie den Geheimen Commerzien-Rath Krupp, nahmen militärische Meldungen entgegen und hörten den Vortrag des Chefs des Civilcabinets, Geheimen Cabinets-Raths von Wilmowksi.

[Se. kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] nahm im Laufe des gestrigen Vormittags militärische Meldungen entgegen.

Abends um 9½ Uhr begaben sich die höchsten Herrschaften zur Abendgesellschaft beim Fürsten Anton Radziwill. (Reichsanz.)

Gewinn-Liste der 3. Classe 153. Königl. Preuss. Klassen-Lotterie

Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Friedrichstr. 168,

ohne Gewähr.

Nur die Gewinne über 90 Mark sind den betreffenden Nummern in Parantze beigesetzt.

Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

45 118 28 31 70 241 313 55 452 85 94 559 75 642 726 31
150 33 40 801 56 63 73 95 920 28 63 91 1062 87 107 44 227 98
378 509 10 600 74 88 734 817 901 22 51 97 2001 12 417 38 41
240 59 61 501 24 26 613 (180) 49 89 833 74 3031 53 173 210
65 (180) 82 91 336 428 36 43 (150) 506 17 27 63 642 44 77 712
35 91 804 64 913 94 4063 124 28 32 277 353 (180) 87 425 512
41 (150) 62 78 645 734 84 842 91 (240) 92 945 5064 139 45 261
95 (150) 359 60 74 410 35 61 63 (300) 90 509 12 (240) 89 633
705 (150) 802 45 59 65 77 915 79 (150) 6030 33 45 57 150 54 74
229 41 339 40 421 64 95 507 29 (150) 39 55 629 34 35 43 66 89
702 5 36 814 20 52 65 905 8 15 25 29 7042 (3000) 102 20 45 78
216 314 29 35 431 44 631 797 831 53 809 33 124 53 (240)
78 99 (150) 280 328 52 55 80 (150) 455 553 659 723 929 69
9112 34 50 95 201 23 95 481 522 26 631 728 31 85 883 908 29
34 (180)

10,027 105 47 72 80 230 79 318 402 540 72 82 611 93 702
817 26 903 (240) 20 11,030 123 40 67 229 73 96 310 29 31 420
26 43 526 618 705 820 27 945 85 87 (180) 12,028 33 (3000) 98
108 257 61 84 308 40 54 61 523 (180) 690 708 25 52 74 821
13,004 119 217 40 70 307 43 92 441 74 76 97 (300) 532 47 620
95 729 73 84 900 19 20 23 30 59 (180) 68 91 14,004 60 106 17
252 (150) 317 51 98 514 24 703 15 846 932 86 15,013 129 45 54
59 81 83 222 32 41 44 94 344 65 81 404 42 98 579 90 634 74 98
770 902 52 74 16,069 127 247 310 13 81 83 424 576 640 91
709 83 802 17 80 964 93 99 17,028 80 257 72 86 313 76 414
99 (150) 525 30 33 56 75 79 88 601 26 61 733 884 908 8 18,009
33 63 148 88 291 (150) 307 24 77 413 51 571 604 (150) 44 (150)
731 808 11 954 19,164 289 (150) 403 14 37 53 62 509 44 609 57
86 716 64 78 844 63 954.

20,017 112 26 43 69 91 313 15 45 89 480 713 25 36 95 844
816 21 32 82 991 31,040 43 103 (150) 6 12 16 259 60 63 320
55 57 409 58 71 80 516 23 33 40 87 782 900 (150) 5 11 31 50 405 591
32,046 165 82 90 93 99 235 (150) 49 79 303 5 11 31 50 405 591
99 698 763 82 87 840 944 57 81 86 96 33,004 97 229 427 41 64
87 (300) 606 1 (50) 24 58 60 626 74 767 817 (150) 87 943 58
34,022 113 21 208 25 55 461 97 764 916 35,084 131 79 203 72
(150) 372 408 32 534 81 601 63 729 39 84 90 882 912 80 94
36,158 231 41 97 302 528 59 655 71 711 35 51 52 95 814 (150)
34 (150) 916 67 73 37,025 51 71 (150) 80 224 320 69 405 554 75
639 733 58 64 90 819 53 38,045 (150) 49 50 169 264 66 68 96
414 540 59 72 616 57 72 76 80 704 15 877 900 76 95 39,041 46
57 80 86 144 63 83 85 (180) 248 58 60 67 91 310 93 414 (150) 22
96 531 72 671 746 94 832 (240) 49 (300) 75 909 53 69 99.

40,059 76 123 232 44 324 29 404 26 71 88 570 647 (150)
744 52 957 71 (150) 72 91 (150) 41,243 73 327 72 439 43

Beleidigung, bzw. Verleumdung wiederholst bestrafen Kaplan F. Pauli, wegen Abdruks eines Protestes gegen die Schließung des hiesigen Franziskanerklosters. Dasselbe lautet auf 100 Mt. Geldbuße.

Leipzig, 15. März. [Ankauf der Leipzig-Dresdener Eisenbahn.] Wie das „Leipziger Tageblatt“ meldet, hat die sächsische Regierung der Verwaltung der Leipzig-Dresdener Eisenbahn ein Kaufanerbieten gemacht, nach welchem für die Aktie eine feste Staatsrente in Höhe von 27 M. in dreiprozentigen Staatspapieren zum Courswert von 630 Mark gewährt werden soll. Die Gesellschaftsorgane der Leipzig-Dresdener Eisenbahn hatten 30 Mark Rente in Staatspapieren zum Courswert von 700 Mark verlangt.

Frankfurt a. M., 14. März. [Dr. Enyrim †.] Am 7. d. M. starb hier der Oberjustizrat a. D. Dr. Enyrim, früher Vertreter des Bezirks Hanau in der deutschen Nationalversammlung und Mitglied der Kaiserdeputation derselben.

Weimar, 14. März. [In der letzten Landtagssitzung] beantwortete Geh. Rath Stichling die Interpellation wegen der vertragten Genehmigung zur Errichtung einer Simultan-Schule im Wesentlichen dahin, daß das Gesetz confessionlose Schulen nicht einführt, die Gründung einer solchen in dem in Frage kommenden Orte aber den Frieden der Gemeinden gefährdet haben würde.

Straßburg i. C., 13. März. [Der erste Eisenbahngang] Mühlhausen-Straßburg ist heute früh zwischen Mühlhausen und Lutterbach in Folge des Einsturzes der Brücke über die hochangeschwollene Doller entgleist. Der Zugführer ist schwer verletzt, sonstige Details fehlen noch. Der Verkehr auf der Zweiglinie Lutterbach-Wesserling ist wegen Überschwemmung eingestellt.

Frankreich.

Paris, 13. März. [Parlamentarisches.] Die Generalversammlung der republikanischen Senatoren und Deputirten. — Zur Wahl Ricard's. — Der Amnestie-Antrag. Es fehlt der Situation entschieden an Klarheit. Die Parteien haben sich noch nicht organisiert, und das Ministerium handelt nicht. In der republikanischen Partei machen sich zwei Strömungen bemerklich. Die Gemäßigten wollen jeder der bisherigen Fraktionen der Linken ihre geforderte Existenz gewahrt wissen, die Fortschritten suchen alle diese Fraktionen nicht nur in der Kammer, sondern auch im Senat zu einer einzigen compacten Gruppe zu verschmelzen. Es wäre erstaunlich, auf die Einzelheiten dieses Conflicts, die in vielen kleinen Zügen zu Tage treten, näher einzugehen, bemerkten wir nur, daß gestern die eigentliche Linke der Kammer sich weigerte, der von Gambetta berufenen Generalversammlung der republikanischen Deputirten und Senatoren offiziell und als Fraktion beizuhören; der Vorstand der Linken begab sich nicht in diese Versammlung und man erklärte ausdrücklich, daß sich die einzelnen Mitglieder nur „individuell“ daran zu beteiligen hätten. Die Generalversammlung zählte nicht ganz 300 Köpfe; Cremieux präsidierte und Gambetta war der Hauptredner. Auch diesmal war es vor Alem darauf abgesehen, den republikanischen Eifer des Ministeriums anzuspornen. Das neue Cabinet fand seine Widersacher und seine Vertheidiger. Die einen wollten es umstürzen, ehe es noch recht in's Leben getreten, die Anderen verlangten Nachsicht, bis man das Ministerium nach seinen Werken habe beurtheilen können. Als Vermittler dieser beiden Richtungen trat Gambetta in einer längeren Rede auf, worin er sagte, daß Niemand schon jetzt an ein Misstrauensvotum gegen das Cabinet denke, daß aber die Minister es schon sehr an der erforderlichen Energie haben fehlen lassen, indem sie den Beamten, welche unter Befehl die Republik bekämpft haben, noch immer erlauben, ihr Treiben fortzuführen. Die Versammlung sah denn auch schließlich einen Beschluß, welcher peremptorisch die Besetzung der reaktionären Beamten und ihre Erziehung durch aufrichtige Republikaner fordert. Die gemäßigt republikanischen Blätter, wie „Opinion“ und „Tempo“, missbilligen heute dieses Vorgehen, welches dem Ministerium nichts weniger als gelegen kommt. Es scheint, daß in dem Programm, welches vorläufig im letzten Conseil festgestellt worden ist, gerade die Personenfrage nur sehr oben hervortritt wird. Wenn man dem „Figaro“ glauben darf, so sind die Hauptpunkte dieses Programms folgende: Der Belagerungszustand wird überall sofort aufgehoben; das Unterrichtsgesetz wird dahin modifiziert, daß der Staat wieder das Recht der Gradeverleihung erhält; die Regierung erkennt an, daß sie die Bürgermeister nur im Schoße der Gemeinderäthe wählen darf. Mit diesen Zugesändnissen wird sich allerdings die republikanische Mehrheit der Kammer schwerlich zufrieden geben. Lebhaft ist das ministerielle Programm noch nicht endgültig redigirt. Das Ministerium will nichts thun, ja es will sich nicht als völlig constituit betrachten, so lange nicht der Senat Ricard zum lebenslänglichen Senator gewählt hat. Wenn Ricard durchfällt, oder wenn die Wahl nur hinausgeschoben wird, will der neue Minister des Innern seine Entlassung geben. Mit dieser seiner unsicherer Stellung entschuldigt er es auch, oder entschuldigt es vielmehr seine Freunde für ihn, daß er das Verwaltungspersonal noch nicht habe säubern können. Er wolle seinem etwaigen Nachfolger nicht vorgreifen. Ricard's Ernennung zum Senator gilt auch jetzt noch für sehr wahrscheinlich; man hat ihm nicht ernstlich einen Candidaten gegenübergestellt; nur ein Theil der Rechten spricht davon, die Lefeps zu wählen. Heute ernennen die Kammer ihre definitiven Vorstände. Die Wahl des lebenslänglichen Senators kann also morgen erfolgen; sie wird einen großen Einfluß auf den ferneren Gang der Ereignisse üben. — In einer Versammlung bei Victor Hugo, die übrigens nur von etwa 30 Senatoren und Deputirten besucht war, hat man gestern den Text des Amnestieantrages festgestellt. Es wird vollständige Amnestie für alle Vergehen, die mit dem Aufstand der Commune zusammenhängen, beantragt, und zwar soll dieser Antrag gleichzeitig im Senat von B. Hugo und in der Kammer von Raspail niedergelegt werden. Für diese Formalität hat man unkluger Weise, wenn nicht gesellschaftlich, um eine Demonstration zu machen, den nächsten Sonnabend, d. h. den Jahresitag der Commune gewählt. Man glaubt, daß das linke Centrum auf diesen Antrag mit dem Vorschlage antworten wird, blos die Processe der Verurteilten, die sich nicht eines gemeinen Verbrechens schuldig gemacht haben, zu revidieren.

Belgien.

Brüssel, 11. März. [Die Flucht des General-Secretairs der Banque de Belgique.] Namens Eugène T. Kint bildet, so schreibt man der „A. B.“, seit zwei Tagen fast ausschließlich den Gegenstand des Tagesgesprächs. Freilich scheint der Verhaftungsbeschluß der englischen Gerichtsbehörde den Beitrag der unterschlagenen Summe, wird dieselbe doch dort auf nicht weniger als 7 Millionen Francs angegeben, zu hoch gegriffen zu haben, nichtsdestoweniger kann dieselbe auf wenigstens 2 Millionen veranschlagt werden. Außerdem gehörte der Desfrancourt zu den bekanntesten Lebemannern der belgischen Hauptstadt. Ein erheblicher, fürsäcklich von T. Kint an der Börse erlittener Verlust scheint den Ausbruch der Katastrophe beschleunigt zu haben, doch hat dieselbe schon seit Jahren großartige Unterschlagungen verübt, ohne entdeckt zu werden. Es ruht demnach eine schwere Verantwortlichkeit auf dem Vorstande der Bank, und zwar um so mehr, da derselbe erweisenemal bereits vor längerer Zeit auf gewisse Unregelmäßigkeiten und auf den Umstand aufmerksam gemacht wurde, daß die Lebensweise des General-Secretairs mit seinem Einkommen in keinem richtigen Verhältnisse stehen könne. T. Kint war aber ein Schüler des Gouverneurs, und so wurde diesen Angaben kein Wert beigelegt. Selbstverständlich hat die Entdeckung der Unter-

schaugung eine sehr deprimirende Wirkung auf die Börse ausgeübt. Während die Aktionen der Bank noch am 8. laufenden Monats zu 445 Fres. stottern verhandelt wurden, sanken dieselben am 9. auf die Nachricht der Flucht T. Kint's, bis auf 380, um mit 382½ zu schließen. An der gestrigen Börse gingen die Aktionen selbst bis auf 315 zurück. Schließlich erhoben dieselben sich von Neuem bis auf 332½. Und vermutlich werden diese Schwankungen sich noch während einiger Zeit wiederholen, da das Gericht den Umfang des Verlustes bis jetzt noch nicht feststellen konnte. Freilich wäre es für die Interessen sehr erwünscht, baldmöglichst Närheres über diesen Punkt zu erfahren, doch hat das Eingreifen der Justiz andererseits einen für die Ausrechterhaltung des Unternehmens günstigen Einfluß ausgeübt. Sobald die Nachricht der Katastrophe in die Öffentlichkeit gelangte, fing ein förmlicher Sturm auf gegen die Bank an, da jeder die von ihm bei derzeitlichen hinterlegten Wertpapieren zurückverlangte. Doch konnte die Verwaltung auf die gerichtliche Untersuchung verweisen, um den allgemeinen Anfragen zu begegnen. Es scheint indes sicher zu sein, daß T. Kint zahlreiche depoite Wertpapiere verkauft und dieselben durch sorgfältig verdeckte alte Zeitungen in der Kasse ersekt hat. Soeben wird hier das Gericht verbreitet, der Verbrecher sei in Queenstown festgenommen. Die amtliche Bestätigung der Mitteilung fehlt zur Stunde noch.

Provinzial-Blätter.

Breslau, 14. März. [Schuhmacher-Association zur Weintraube] Die am 13. d. M. abgehaltene ordentliche General-Versammlung eröffnete der Vorsitzende, Herr Däglau, mit der Motivirung des von der Direction gestellten Antrages auf Anschaffung anderer Abrechnungsbücher. Nach langer Debatte wurde dieser Antrag angenommen, ebenso ein Antrag auf Anschaffung von Adresskarten. Dem hierauf mitgetheilten Jahresbericht pro 1875 entnehmen wir Folgendes. Mit dem abgelaufenen Jahre hat die Genossenschaft ihre 17. Geschäftsjahr zurückgelegt. Obgleich ein weiterer Fortschritt in der Entwicklung der Genossenschaft nicht stattgefunden hat, so darf doch unter Berücksichtigung der allgemeinen Geschäftsvorfälle mit Besiedlung auf die Resultate des letzten Geschäftsjahrs zurückgeblickt werden. An Waaren wurden verkauft für 122,248 M., 6,650 M. weniger als im Vorjahr. Der Waaren-Umsatz variierte innerhalb der letzten vier Geschäftsjahre zwischen 120,000 bis 129,000 M. Die Baar-Einnahme für die verkaufsten Waaren blieb merklich hinter der des Vorjahrs zurück; während 1874 an Cassa eingingen 128,727 M., beziffert sich der Erlöß des eben verfloffenen Geschäftsjahres auf 118,383 M., mitin 10,344 M. weniger als 1874. Die Saldi's der Mitglieder für entnommene Waaren betragen rund 11,106 M. (3865 M. mehr als im Vorjahr). Die seit einigen Jahren inhibierte Aufnahme neuer Mitglieder ist wohl auch als eine Ursache für das Stagniren des Geschäfts zu bezeichnen; die Befestigung dieses Umstandes steht aber demnächst zu erwarten. Der Facturenwert sämlicher bezogenen Waaren beträgt rund 121,084 M., der Verkaufswert der auf Lager gegebenen 132,465 M. Die Gesamtsumme der Einnahme erreichte die Höhe von 200,185 M.; dagegen wurde von der Kasse die auf den einzelnen Conten gebrochenen Zahlungen von zusammen 197,138 M. bestritten, so daß am 23. Jan. 1876 ein hoher Bestand von 3646 M. vorhanden war. Der Gesamtumsumme der Geschäftskosten, Verwaltungskosten &c. in Höhe von 11,927 M. steht ein Ertrag von 14,249 M. gegenüber, so daß sich ein Gewinn von 2322 M. ergibt. Nach Abzug der Remunererationen kommt derselbe auf Beifluss der Generalversammlung als 10prozentige Dividende mit 1595 M. (auf 15,954 Mark) zur Vertheilung. Die Geschäftsantheile der 63 Mitglieder betragen gegenwärtig rund 16,162 Mark, die kündbaren Guthaben der Mitglieder 55,546 Mark und die Special-Guthaben von Mitgliedern 26,497 M. Der Reservesfonds hat eine Höhe von 664 M. Die Lager-Rechnung balancirt in Einnahme und Ausgabe in Höhe von 192,338 M., die Kassen-Rechnung in Höhe von 200,185 M., und das Gewinn- und Verlust-Konto in Höhe von 14,249 M. Die Activa und Passiva begleichen sich in Höhe von 161,864 M. Der Direction wird, da die Geschäfts- und Kassenführung in bester Ordnung befinden, Decharge ertheilt. Bei der folgenden Neuwahl der Direction werden gewählt: Herr F. Däglau zum Director, Herr Längert zum 1. Beifluster und Herr Sack zum 2. Beifluster. Zu Verwaltungsraths-Mitgliedern werden gewählt die Herren: Führich, Schäf, Fischer, Förster und Andrewsky. Der lezte Punkt der Tagesordnung: Bestimmung des Höchstbeitrages der für Genossenschaftszwecke anzunehmenden Anleihen, wurde bis zur nächsten Generalversammlung vertagt.

Breslau, 15. März. [Bezirksverein der Schweidnitzer Vorstadt.] Obercamann und Stadtverordneter Kempner eröffnete die am 14. d. M. in Pietzsch's Local auf der Gartenstraße abgehaltene Versammlung durch Mittheilung eines Schreibens des Asyl-Vereins für Obdachlose, welches durch eine Debatte in der Versammlung v. M. veranlaßt worden ist. Das Schreiben theilt mit, daß in der Anstalt bereits seit 3 Jahren eine Badewerkstatt verbunden mit einem Glashaus (Desinficirten) errichtet worden ist und daß nicht nur den Aphylienen die Wohlthat eines Bades gewährt wird, sondern auch jeder Unbemittelte Stadt diese Bäder unentgeltlich benutzen kann. Der Glashof hat den Zweck, die Kleider der Aphylienen erforderlichenfalls von Ungeziefer zu reinigen und zur Zeit der Epidemien die Kleider zu desinficiren. Es ist öfter vorgekommen, daß bei Cholera- und Podenotodesfällen die Wohnung, in welcher die Leiche sich befand, polizeilich geschlossen wurde und daß die Mißbemohner in das Asyl gewiesen worden sind. Das am Höchstener Weg gelegene Asyl für Obdachlose hat indeß nur den Zweck, armen ordentlichen Leuten, welche augenblicklich in Not gerathen, Unterthür und Bettstatt zu gewähren, nicht aber Personen aufzunehmen, welche nachweislich ein vagabondirendes Leben führen und das Asyl benutzen würden, um dieses läudeliche Treiben bequemer weiter zu treiben. Solche Personen geboren vielmehr in die Polizei-Behörde anstalt. Schließlich fordert das Schreiben die Vereinsmitglieder zum Beitreit zu dem Asylverein für Obdachlose auf. Es entwidelt sich über die in dem Schreiben vertretenen Prinzipien eine längere Debatte. Herr Joachimsohn plädiert dafür, daß Jeder ohne Unterschied in das Asyl aufgenommen werden müsse und daß in diesem Sinne dem Vorstand des Asylvereins geantwortet werden solle. Rechtsanwalt Weiß hält dieses Vorgehen über die Kompetenzen des Vereins hinausgehend. Herr Joachimsohn zieht in Folge dessen seinen Antrag zurück. Es folgte eine längere Besprechung über die projectirte Anlage des Pferdeisenbahns. Die Versammlung erklärt sich mit der diesbezüglichen Vorlage des Magistrats einverstanden. Die folgende längere Discussion über die Aufhebung oder Beibehaltung des städtischen Leihamts führte zu Annahme folgender Resolution: Der Bezirksverein der Schweidnitzer Vorstadt hält die Beibehaltung des städtischen Leihamts für nothwendig ohne Rücksicht auf die Intraden aus demselben. Auf Antrag des Herrn Hemme soll das Polizei-Präsidium ersucht werden, am Kreuzungspunkte der Bohrauer, Löher und Gadowstraße, wo täglich eine Menge Ungehörige sich ereignen, eine Schuhmannswache zu postieren. Eine Frage lautete: Wäre es wünschenswerth, wenn eine städtische Depositalkasse errichtet würde, bei welcher die Vormünder das Geld ihrer Mündel niederlegen könnten? Rechtsanwalt Weiß hält eine solche Depositalkasse namentlich zum Einlegen kleinerer Geldbeträge für nothwendig und glaubt, daß die Waisenräthe von selbst darauf kommen werden, bei den Stadtbüroden einen diesbezüglichen Antrag zu stellen. Die Mehrzahl der Redner neigte sich dieser Ansicht zu. Eine weitere Frage, betreffend die Vertheilung der neuen Städte-Ordnung, wurde für die nächste Versammlung vertagt.

Breslau, 15. März. [Rechte-Oder-Ufer-Bezirksverein.] Telegraph-Inspector Neumann eröffnete die am vergangenen Dienstag in Kasperle's Local abgehaltene Versammlung u. A. mit der Mittheilung von dem Tode des Maurermeisters Kalinke, zu dessen ehrenden Andachten sich die Versammlung von den Plätzen erhebt. Der Herr Polizei-Präsident bat auf eine Petition des Vereins, betreffend den von der Fürstenstraße nach dem Kirchhofe von St. Laurentius führenden Weg, erwiderte, der gedachte Weg sei Privatweg und seine Instandhaltung Sache der angrenzenden Grundstücksbesitzer. Derselbe sei übrigens bei den jüngsten Witterungsverhältnissen passbar und werde auch von den Sandfuhrern nicht mehr benutzt, nachdem das oderborstädtische Deichamt im vorigen Jahre nächst der Fürstenstraße Warnungsstafeln hat aufstellen lassen, die das Ueberschreiten des Deiches verbieten. Da dieser Weg außer von den Abzäcen nur noch im Interesse der Kirchengemeinde benutzt wird, so hat der Herr Polizei-Präsident die diesbezügliche Eingabe des Vereins dem Kirchenvorstand zur Kenntnißnahme und weiteren Veranlassung mitgetheilt. Der Vorstand machte hierauf Mittheilungen über die Errichtung der dritten Gasanstalt, über die Pferdeisenbahn und das Hafenprojekt. Demnächst bielt Herr Nowak einen Vortrag über die neue Bormundshaftdordnung, wofür ihm die Versammlung ihren Dank aussprach. Die folgenden Auseinandersetzungen über das Hafenprojekt seitens des Herrn Dr. Weis gaben der Versammlung Veranlassung zu einer diesbezüglichen Debatte, welche zur Annahme des vom Lithographen Sust gestellten Antrages führte: Der Commission für das Hafenprojekt vorzuschlagen, sie möge die Hafenanlage auf der rechten Oderseite in gründliche Erwügung ziehen. Ebenso wurde ein Antrag des Herrn Nowak angenommen, der dahin geht, der zu bildenden Commission zur Förderung des Hafenprojekts aus dem Schoße des Vereins die Herren Kaufmann

Geler und Schifferäste Krause zur Cooptation in die Commission zu präsentieren.

+ Löwenberg, 13. März. [Carnevalsfest des Turnvereins.] Wenn auch unser Turnverein klein ist, so weiß er, trotzdem ihm von gewisser Seite mit einer unerklärbaren Bormundthuerei und Theilnahmehoheit bedroht wird, sich immerhin auf der Höhe der Zeit zu erhalten, was lediglich das Verdienst einzelner, dem Vereine seit der Gründung treu gebliebener Mitglieder ist. Und zu diesen machen, das Vereinsinteresse fördernden Männern gehören unzweifelhaft die Herren A. Sachse und O. Kühn. Auch bei dem am 11. d. M. veranstalteten Carnevalsfeste hatte hr. Sachse mit der ihm eigenhändig Erfindung gabe vier lebende Bilder nedst erläuternden Darstellungen, welche an Originalität den besten Erzeugnissen in diesem Genre zur Seite gestellt werden können und namentlich Turn- und Feuerwehrvereinen angelehnlich empfohlen sein mögen! — Diejenigen stellten außer der „Huldigung Johns“ drei Scenen aus dem Feuerlöschwesen vor und zwar: 1) Die Feuerwehr der Vorzeit, 2) die Gegenwart und 3) die Feuerwehr der Zukunft.

Zeigte das erste Tableau die Rautholzfest unserer Altväter bei einer Feuerbrunst in mehr als drastischer Weise, so machte das zweite Bild, worin sich eine Abteilung wohlorganisirter Feuerwehrleute der Gegenwart in voller Thätigkeit präsentierte, einen entschieden vortheilhaften Eindruck. Im dritten Bilde aber hatte der immer noch jugendliche Verfasser der Parodie den weitesten Spielraum gegönnt, denn man erblickte zum Entzücken zahlreicher Nerven tatsächlich eine fliegende Feuerwehr im Dienste. Daß diese lebenden Bilder stürmisch applaudiert und wiederholt vorgeführt werden mußten, darf gewiß kaum erwähnt werden. — Nicht minder reichen Beispiele ermittelten die beiden daraus folgenden Lustspiele: Monieur Hercules und Zippo Zappo oder der Doge von Benedig. Letzterer war von Herrn Kühn nicht nur gewissenhaft einstudirt, sondern der Hauptrolle von ihm selbst musterhaft gewielet. — Herr C. Jaeger hatte mit nicht unerheblichen Schwierigkeiten ein fricasseeartiges Trompeten- und Posarenquartett vertrieben um dasselbe tadellos unter seiner Direction zur Aufführung gelangen zu lassen. Alles den verehrten Damen und Herren, welche sich um diesen 1. Theil des Festes unläugbare Verdienste erworben, und welche namentlich anzuführen der Raum uns nicht gestattet, seien mit öffentlich der heraldische Dank ausgesprochen. Den 2. Theil des schönen Festes bildete, wie immer bei derartigen Veranstaltungen, ein bis zum grauenden Morgen andauernder Ball.

Warmbrunn, 14. März. [Der biesige Vorwahl- und Sparverein] hielt am 8. März c. seine General-Versammlung. Der Director des Vereins, Herr Hellmann, eröffnete die Versammlung mit einem kurzen Hinweis auf die günstige Lage des Vereins, die bedeutende Steigerung des geschäftlichen Umsatzes gegen die Vorjahre und die beträchtliche Zunahme der Vereinsmitglieder seit Jahresfrist. Herr Kaiser Reißig übernahm die Erstaltung des Geschäftsberichtes für das abgelaufene Jahr. Darnach belief sich der Gesamt-Umsatz im verfloffenen Jahre auf 4,048,897 M. gegen 2,800,076 M. des Vorjahres. Die Einnahmen betrugen 2,028,393 M. die Ausgaben 2,020,503 M.; mitin Beilohn 7890 M. Die Anzahl der Mitglieder des Vereins beträgt gegenwärtig 655 gegen 588 des Vorjahres, welch sich auf 54 Orte verteilen. Warmbrunn selbst zählt 274 Mitglieder. In Ansehung der guten Geschäftslage des Vereins wurden zunächst für die beteiligten Mitglieder 10% Dividende gewährt; ferner wurde nach der Seiten des Ausflugs-Vorstandes ertheilte Decharge bestimmt, daß in neuen Geschäftsjahren der Zinsfuß für geleistete Vorflüsse von 8% auf 6% nebst 0,25% Provision herabgesetzt wird, womit die Versammlung einverstanden war. Es wurde ferner festgesetzt, daß die aufzunehmenden Darlehen nur die Höhe von 200,000 M. zu geschäftlicher Veranlagung erreichen dürfen, demgemäß waren bereits im verfloffenen Geschäftsjahr 322,790 M. an Darlehen zurückgezahlt worden, während nur 295,251 M. neu aufgenommen wurden. Zum Schlus wurden für 3 auscheidende Mitglieder des Vereinsausflugs 3 neue Mitglieder gewählt, so daß derselbe wieder dieselbe Zahl von Ausflugsmitgliedern wie bisher enthält. — Am verfloffenen Sonnabende feierte der biesige Feuerwehr-Verein sein Stiftungsfest durch Vorführung verschiedener Gefangs-Vorläufe, welche in einem ansprechenden Programm zusammengestellt waren. Dem Concert folgte ein kleiner Ball.

Bernstadt, 14. März. [Luisenieter.] Concert.] Die Feier des hundertjährigen Geburtstages der Königin Luise fand am 10. d. M. Seitens der evangelischen Stadtkirche im Schulsaale unter Beihaltung der städtischen Behörden und zahlreichen Publikums in feierlicher Weise statt. Cantor Böhm als Lehrer der 1. Mädchenschule hielt die Ansprache, in welcher er Luise zunächst als liebende Gattin und treue Mutter, sodann aber auch als fürsorgliche Landesmutter und glaubensstarke Christin im Unglück ihlderte. Verschiedene Gedichte und Prosa vorläufe über Luise und ihr edles Weinen Seitens der Kinder fanden lebhaften Beifall; mit dem Gesange: „Simmt an das Lied, ihr Preußen“ schloß die Feier. Auf Antrag der Schuldeputation genehmigten Magistrat und Stadtverordnete die Belebung von drei Bildern der Königin Luise für die oberen Mädchenklassen. — Nachdem vor einiger Zeit vom biesigen Krieger-Verein die Errichtung eines Siegesdenkmals in unserer Stadt angeregt worden ist, auch ein Comite von Herren und Damen die Verwirklichung dieses Projekts in die Hand genommen hat, fand vorigen Sonntag Abend 8 Uhr ein Concert für diesen Zweck, welches von der biesigen Stadtkapelle unter Leitung des Herrn Geissler und von einem Männerchor unter Cantor Böhm ausgeführt, recht zahlreich besucht und gut ausgeführt war und eine Brutto-Einnahme von über 80 Mark erzielte.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Versailles, 15. März. In der gestern im Senate und in der Deputirtenkammer Namens des Ministerconseils verlesenen Erklärung wird hervorgehoben, daß die schon begründete republikanische Regierung durch die Wahl der beiden Kammer ergänzt worden sei und nurmehr mit ihnen zusammen die öffentliche Gewalt habe. Das allgemeine Stimrecht sanctione die Verfassungsarbeiten der letzten Nationalversammlung. Die Gewalt könne keinen höheren Ursprung haben, niemals sei eine Regierung auf legitimem Wege errichtet worden. Die Erklärung erwähnt darauf der Proclamation des Präsident

fahren werden sollte. Bei der Marine sei auf thunlichste Minderung einer noch weiteren Verschlechterung des Materials hinzuwirken. Die im Schiffsbau eingetretenen Veränderungen hätten die Seemächte bestimmt, sich neue Lasten aufzulegen. Frankreich sei genötigt, auf denselben Wege mit Entschiedenheit vorzugehen. Die Regierung werde sich bemühen, einen Impuls zur Ausführung weiterer öffentlicher Arbeiten zu geben. In der inneren Politik werde sie ihr Augenmerk darauf richten, wichtige und mit Recht geforderte Freiheiten des Volkes mit den Rechten des Staates und den Prärogativen der Exekutivgewalt in Einklang zu setzen. Die Erklärung kündigt sodann Gesetzentwürfe an, betreffend die Übertragung der wissenschaftlichen Grade, den höheren Unterricht und über die Zusammenfassung der Municipalitäten. Am Schlusse heißt es: „Wir beginnen diese erste Session der Kammer der constitutionellen Republik nicht ohne Erregung, wir seien die Schwierigkeiten voraus, die dieselbe mit sich führen wird, aber wir wagen zu hoffen, daß diese Schwierigkeiten durch Ihr Vertrauen auf die lokale Weisheit des Präsidenten, durch die beständige Einigkeit der beiden Kammern und durch den gemeinschaftlichen lebhaften Wunsch gebannt werden, daß Frankreich durch die Freiheit, die Ordnung und den Frieden sich wieder zu seiner Größe erhebe.“

Paris, 15. März. Der Wasserstand der Seine hat gegenwärtig die Höhe, welche er im Jahre 1872 erreicht hatte, bereits überschritten. Die Invalidenbrücke ist in Gefahr, der Verkehr auf derselben ist inhibirt. An den Ufern hat das Wasser beträchtlichen Schaden angerichtet.

Nagusa, 15. März. Der neu ernannte Gouverneur der Herzogswina, Bassa Efendi, und der als Commissar fungirende englische Consul sind mit dem Lloydampfer „Messina“ hier eingetroffen.

(Aus L. Hirsh's Telegr.-Bureau.)

Bukarest, 15. März. Infolge der Verwerfung der Dringlichkeit der Anteilevorlage im Senate hat der Finanzminister seine Demission gegeben. Gerüchtweise will mit ihm das ganze Ministerium zurücktreten.

Berlin, 15. März. Bei Beurtheilung des Geschäfts-Charakters muß in erster Linie gegenwärtig berücksichtigt werden, daß die allgemeine Tendenz sich nicht mehr nach der Haltung der Haupt-Speculationswerke bestimmen läßt. Heute trat die Spaltung deutlicher als je zu Tage. Während die einheitlichen Effecten fast in allen ihren Unterabteilungen durchweg fest waren und zum Theil wenigstens auch einiger Kauflust begegneten, eröffneten die internationales Speculationspapiere in gedrückter Stimmung und es gewann sogar der Auftrieb, als ob auf diesem Gebiete die Blancoabgaben stark die Überhand gewinnen würden. Namentlich war hier die Spur der Bewegung gegen die Oesterl. Creditactien gerichtet, die mit einem Coursabschlag von ca. 8 M. einsetzen. Veranlassung hatten hierzu die Depeschen geboten, welche einzelne Zahlen aus der Bilanz der Creditanstalt mittheilten. Im Allgemeinen machte die Bilanz, soweit sie aus diesen apokryphen Angaben erkennbar war, einen ungünstigen Eindruck. Man vermißte zunächst die Summe, welche auf Debitoren-Konto abgeschrieben ist, ferner bemerkte man, daß die Actien der Jüdenburger Fabrik mit 60 Prozent in die Bilanz eingestellt seien und glaubte diesen Bestand niedriger schätzen zu müssen. Allerdings fand auch eine optimistische Auffassung ihre Anhänger und aus den gegenseitigen Operationen beider Parteien gewann der Verkehr bei schwankender Coursbewegung eine gewisse Negativität. Bei Schluss der Börse waltete für die internationalen Speculationspapiere eine feste Tendenz vor. Oesterl. Nebenbahnen waren ebenfalls recht fest, nur Kaschau-Oderberger zeigten sich matt. Die localen Speculationseffecten verhielten sich ruhig. Disconto Commandit 128,25, ult. 126 1/2 - 1/4, Dortmunder Union 10,90, Laurahütte 58%, ult. 58 - 58%. Ausländische Staatsanleihen blieben fast ganz geschäftsfrei, behaupteten sich aber in ihrem bisherigen Coursniveau. Russische Prämien-Anteile matt, dageg. Bodencredit, Ostl.-Anteile zeigten sich wenig fest, nur 1875er Anteile machte hierbei bei regem Verkehr eine Ausnahme, preußische und andere deutsche Staatspapiere blieben ganz unbewegt. Einwas reger gestaltete sich das Geschäft in Eisenbahnprioritäten. Freiburger 4% K. wurden zu etwas ermäßigtem Course in Posten aus dem Markt genommen. Braunschweig 4% und Hannov.-Altstädt. in gutem Verkehr. Lomb. beliebter, sonst waren Oesterl. sehr still und fast matt. Auf dem Eisenbahnmarkte herrschte für die rheinisch-württembergischen Speculationsdevisen eine feste Haltung, da die Februar-Einnahme der Köln-Mindener Bahn nicht nur befriedigte, sondern auch einen Anstich gab, die unterbrochene Hausspeculation wieder aufzunehmen. Leichte Bahnen fanden weniger Beachtung. Bantactien ruhig, Südbahn, Hypothekenbank besser, Hannoversche Bank ebenfalls beliebt. Centralbank für Genossenschaften in guter Frage zu befreier Notiz, Breslauer Disconto und Weim. Bank niedriger, Deutsche Landesbank welchend, Gewerbebank offerirt, ebenso Wiener Unionbank stark angeboten. Industriepapiere wenig belebt. Biehof ließ etwas nach, Cr. Pferdebahn bewegte sich in steigender Richtung, Magdeburger Spritfabrik belebt, Volpi und Schäfer sowie Hoarobert steigend, Görlitzer Eisenbahnbed. belebt und höher. Montanwerthe sehr still. Tarnowitz, Märkisch-Westfäl. und Bochumer angiehend, Schlesische Kohlen und Aachenberger niedriger. Um 2½ Uhr: Matt. Credit 290%, Lombarden 181, Franzosen 495, Reichsbank 158%, Disconto-Commandit 126%, Dortmunder Union 10,90, Laurahütte 58%, Köln-Mindener 100%, Rheinische 116%, Bergische 82%, Rumänen 24%. (V. u. S. 3.)

[Preußische Central-Bodencredit-Aktiengesellschaft.] In der Versammlungs-Sitzung der Preußischen Central-Bodencredit-Aktiengesellschaft am 13. d. Ms. ist beschlossen, der General-Versammlung der Aktionäre die Vertheilung von 9% p.C. Dividende pro 1875 (demselben Sahe wie 1874, 1873, 1872 und 1871) vorzuschlagen; neben der statutenmäßigen Erhöhung des Reservefonds findet ein Reserve-Vortrag auf neue Rechnung im Betrage von 477,745 Mark statt. Die General-Versammlung ist auf den 24. April d. J. eingeladen.

[Zum Strousberg'schen Falliment.] Aus Prag wird vom 11. März geschrieben: Der Concurs Dr. Strousbergs hat dieser Lage in seiner ganzen Durchführung eine totale Niederlung erfahren. Die „Deutsch-böhmisches Actien-Gesellschaft für Stahl- und Eisenfabrikation in Berlin“ hat nämlich eine Nachtragsforderung von 9,000,000 Mark zur Liquidation angekündigt, welche sie damit begründet, daß die Concursmasse laut der bei den Berggerichten und dem Oberbürger-Bericht vorgenommenen Inventur auf das nicht im Fundus instruktus sich befindliche Mobiliar der Strousberg'schen Bergwerke Eigentumsrechte erhob. Als zweites für die Gläubiger nicht erbauliche Nachricht muß erwähnt werden, daß vom „Tribunal de Seine in Paris“ eine Note angelangt ist, mit welcher die sämtlichen Hoffnungen auf Erlangung der Strousberg'schen Baucautionen vernichtet wurden. In dem betreffenden amtlichen Schriftstück heißt es, daß die Caution von zahlreichen französischen Gläubigern vorgeprägt wurde und deshalb in Gunsten der österreichischen Concursmasse nicht ausgeliefert werden könne. Zugleich scheint auch noch zweifelhaft zu sein, daß es der Fasse gelingen werde, für die Bauarbeiten Strousbergs an der „Waagthalbahn“ irgend etwas zu erlangen, nachdem es sich herausgestellt, daß Strousberg während der Bauzeit bedeutende Vorschüsse erhalten hatte, welche den Wert der gelieferten Bauarbeiten paralysieren durften. Interessant wäre noch das Factum, daß die Familie Strousbergs Forderungen im Betrage von 600,000 Thlr. bei der bayerischen Concursbehörde angemeldet hat, wovon kaum die Hälfte für liquid anerkannt werden dürfte. Die Frau des Tributarists macht eine Forderung von 300,000 Thlr. geltend, und zwar 100,000 Thlr. als mitgebrachtes Heiratsgut und 200,000 Thlr. als eine Schenkung ihres Ehemanns. Diese Forderungen werden durch beigebrachte Urkunden bewiesen, leiden jedoch an Zweifelhaftigkeit, indem sie keine Legalisierung, wie sie das österreichische Gesetz zur Rechtskraft verlangt, an sich tragen. Die übrigen 300,000 Thlr. sind Erbtheile der Strousberg'schen Kinder.

Havre, 15. März. [Die gestrige Wollauction] war ziemlich belebt. Gute Wollen wichen gegenüber den Preisen der Januarauction 5, secundare 5 bis 10 Centimes. Von den angebotenen 2218 Ballen wurden 1573 Ballen verkauft.

Newyork, 14. März. Der Dampfer „Denmark“ der National-Dampfschiffs-Compagnie (C. Messing'sche Linie) ist hier eingetroffen.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

London, 15. März. Nachm. 4 Uhr. Consols 94%. Italienische 5pct. Rente 70%. Lombarden 9,01. 5pct. Russen de 1871 97 1/2%. do. de 1872 99%. Silber 54%. Türkische Anteile de 1865 17 1/2%. 5pct. Türken de 1869 20%. 5pct. Verein. Staaten per 1882 105%. Silberrente —. Papierrente —. Berlin —. Hamburg 3 Monat —. Frankurt a. M. —. Wien —. Paris —. Petersburg —. Plaza-Discont — p.C. Bankenzählung —. Bsd. Sterl.

Frankfurt a. M., 15. März. Nachm. 2 Uhr. [Schlußcourse] Londoner Wechsel 205, 05. Pariser Wechsel 81, 30. Wiener Wechsel 175, 90. Böhmisches Westbahn 160%. Elisabethbahn —. Galizier 169%. Fran-

zens*) 247. Lombarden* 89 1/2. Nordwestbahn 120. Silberrente 82. Papierrente 59%. Russ. Bodencredit 86%. Russen 1872 99%. Russ. Anleihe de 82 —. Amerikaner de 1885 101. 1860er Loos 110%. 1864er Loos 282, 50. Credit 145%. Ostl. National 755, 00. Darmstadt B. 109%. Brüsseler B. —. Berliner Bankverein 79%. Frankl. Bankverein —. dts. Wechslerbank 78%. Deutsch-Österreichische Bank 90%. Meiningen Bant 78%. Habs. Effectenbank —. Reichsbank 158%. Continental —. Hess. Ludwigsbahn 99%. Oberhessen 73%. Ungarische Staatsloos 161, 70. do. Schw. alte 92%. do. neue 91. Central-Pacific 92%. Türken —. Ung. Ostb.-Ob. II. 64 1/2%. Deutsche Vereinsbank —. Paribusvizer Actien —.

Wenig belebt. Course durch Declination gehalten.

Nach Schlus der Börse: Auf auswärtige Notirungen besser. Creditactien 146%, Franzosen 247%. Lombarden 90%. Galizier —. 1860er Loos —. Oesterreichisch-deutsche Bank —. Reichsbank —.

*) Per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 15. März. Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-A. 115%. Silberrente 61%. Credit-Actien 145%. Nordwestbahn —. 1860er Loos 111%. Franz. 614. Lombarden 222%. Ital. Rente 70%. Vereinsbank 118. Laurahütte 57%. Commerzbank 88%. do. II. Emision —. Provinzial - Disconto —. Norddeutsche 130. Anglo-deutsche 56%. Internationale Bant 86%. Amerikaner de 1885 95%. Köln-Mindener St.-A. 100%. Rheinische Eisenbahn do. 116 1/2%. Bergisch-Märkische do. 82%. Disconto 3 1/2% Et. —. Still.

Hamburg, 15. März. Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, auf Termine besser. Roggen loco behauptet auf Termine fest. Weizen pr. März 204 Br., 208 Br., pr. Mai-Juni pr. 1000 Kilo 208 Br., 207 Br. Roggen pr. März 146 Br., 145 Br., pr. Mai-Juni pr. 1000 Kilo 149 Br., 148 Br. Hafer flau. — Gerste matt. — Rüböl matt, loco 63, pr. Mai 58%, pr. Octbr. pr. 200 Br. 61. — Spiritus matt, pr. März 34%. pr. April-Mai 34%, per Juni-Juli 35%, per Juli-Aug. per 100 Liter 100%. Raffee fest aber ruhig, Umfang 3000 Sad. Petroleum fest, Standard white loco 12, 10 Br., 11, 95 Br., pr. März 11, 95 Br., pr. August-December 12, 40 Br. — Weiter: Sturm.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. [Getreidemarkt.] (Anfangsbericht.) Stetig. Weizen besser. Zuführen: Weizen 22,660, Gerste 1110, Hafer 29,480 Oktos.

Bremen, 15. März. [Getreidemarkt.] (Anfangsbericht.) Stetig. Weizen besser.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.

Bremen, 15. März. Nachmittags. [Petroleum.] Standart white loco 12, 15, pr. März und pr. April-Mai 12, 25, pr. September-October 12, 75. Rubig.